

lowski: »Der Verfasser glaubt nachweisen zu können, daß Kurt Schumacher ab August 1950 und bis September 1951 eine in sich geschlossene Konzeption vertrat, in der sowohl dem Sicherheitsbedürfnis als auch der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands Rechnung getragen wurde« (S. 10). Im intellektuellen Nachvollzug einer solchen Aussage beginnt man sich zu wundern. Denn der Autor scheint suggerieren zu wollen, er sei der bisher einzige, der sich in systematischer und umfassender Weise mit den Problemen der Schumacherschen Wiedervereinigungs- und Wehrpolitik beschäftigt habe. Diese anfängliche Vermutung wird vom weiteren Gang der Untersuchung bestätigt. Erst auf S. 88 – und danach noch einige wenige Male – zitiert Buczyłowski jene Studie, die vier Jahre zuvor erschienen war und all jene Komplexe einschloß, für deren Behandlung der Verfasser des jetzt zu besprechenden Beitrages Originalität zu reklamieren scheint: Udo F. Löwkes Buch »Für den Fall, daß . . . Die Haltung der SPD zur Wehrfrage 1949–1955«. Der Hauptunterschied zwischen beiden Arbeiten liegt darin, daß Löwke die einzelnen Fragen von einer erheblich breiteren Quellenbasis aus ungleich genauer und differenzierter untersucht, sie außerdem gewandter und konziser darzustellen weiß. Man vergleiche etwa das, was Buczyłowski auf S. 140 f. und 174 f. über die Erfolgsmöglichkeiten der Schumacherschen Offensivkonzeption resümiert, mit der schlüssigen Skepsis, die Löwke (S. 69 f.) äußert, oder die – falsche – Behauptung, die SPD habe ab September 1951 eine deutsche Wiederaufrüstung »im Grunde« abgelehnt (Buczyłowski, S. 154), mit der behutsamen Nachzeichnung und Würdigung des Diskussionsprozesses bei Löwke (S. 92 ff.).

Man könnte mit ähnlichen Beispielen fortfahren, die zusätzlich demonstrieren würden, daß das Buch von 1973 im großen und ganzen gegenüber der Studie von 1969 einen Rückschritt bedeutet. Doch fragen wir nun auch nach dem positiven forschungsmäßigen und interpretatorischen Ertrag der Arbeit Buczyłowskis. Festzuhalten sind: einige komplementäre Aspekte bei der Erörterung der Position Schumachers gegenüber Neutralität und Neutralisierung und bei der Wiedergabe von Resultaten, die der Verfasser in Gesprächen mit den Generalen Heusinger und Speidel erzielte; der Hinweis auf das mit Schreiben vom 6. Februar 1951 an Adenauer überreichte Schumacher-Memorandum, das in der Tat die umfassendste, plastischste und für den Begründungshorizont aufschlußreichste Erläuterung der strategischen Offensivkonzeption enthält; insgesamt die Darstellung einer spezifischen »Politik der Stärke«, die auch vor der Kalkulierung militärischer Konflikte nicht zurückschreckte.

Das alles hätte vielleicht als Motivation und Material für einen Aufsatz dienen können. Mit seiner Buchplanung hat Buczyłowski jedenfalls von vornherein zu hoch gegriffen. Für diejenigen, die sich mit der sozialdemokratischen Deutschland- und Sicherheitspolitik Ende der vierziger / Anfang der fünfziger Jahre beschäftigten, behält Löwkes »Für den Fall, daß . . .«-Analyse Richtschnurcharakter.

Kurt Klotzbach

Kurt Schumacher, *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. v. Friedrich Holtmeier. Mit einem Geleitwort von Herbert Wehner (= Urban-Taschenbücher, Reihe 80, Bd. 839), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, 144 S., Pb., 10 DM.

Schon vor Jahrzehnten sollte die Dissertation, mit der Kurt Schumacher 1920 bei dem Münsteraner Gelehrten Johann Plenge zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert, veröffentlicht werden. Den »ernsthafte[n] Versuch« – so der Herausgeber und frühere Plenge-Assistent Friedrich Holtmeier in seinem kurzen Vorwort – unternahm in den frühen fünfziger Jahren der Bollwerk-Verlag. Die Realisierung scheiterte damals am Einspruch des SPD-Vorstandes, der zunächst auf die Erben, dann aber auf ein angebliches Veto von Schumacher selbst verwies. Daß es mehr als zwanzig Jahre nach dem Tode des Mannes, der die Wieder- und Neugründung der Sozialdemokratie in Westdeutschland nach 1945

leitete und bis 1952 Vorsitzender dieser Partei war, doch noch zur Publikation kam, hat nicht zuletzt ganz aktuelle politische Gründe, über die Herbert Wehner in seinem Geleitwort mehr oder weniger direkt Auskunft gibt. Es heißt dort z. B.: »Wiederum steht sie [die SPD] im Kampfe mit Auffassungen und Kräften, die sie (historisch gesehen) zurückgleiten lassen würden in schon überwundene Vorstellungen und daraus abzuleitende Praxis. Das Ringen um ihr demokratisches und sozialistisches Selbstverständnis ist wieder in ein Stadium getreten, in dem es auf das ›Kräfteverhältnis‹ ankommt – um mit Schumacher zu denken« (S. 11 f.). Für den Zeithistoriker hat speziell diese Überlegung Vorrang: Ausgerechnet von Schumacher, dessen hohe intellektuelle Qualitäten von politischen Freunden und Gegnern anerkannt wurden und der vom geistigen Fundus und Rang her eine singuläre Figur in der Reihe der sozialdemokratischen Parteivorsitzenden darstellte, sind für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sieht man von einigen quasi-programmatischen Kundgebungen der Jahre 1945/46 ab, kaum Zeugnisse überliefert, die seinen theoretischen Hintergrund, die geistigen Impulse seiner politischen Konzeption umfassend und in sich zusammenhängend dokumentieren. Zu stark waren schon bald die Anforderungen des Tageskampfes, der großen praktischen Auseinandersetzungen während der Nachkriegsepoche, um ihm Zeit zur politisch-literarischen Arbeit, zur schriftlichen Niederlegung von Reflexionen und theoretischen Ansätzen zu lassen. Aufgrund dieses Sachverhalts scheint der Wert einer Veröffentlichung von Schumachers Untersuchungen zur Staatsidee in der deutschen sozialistischen Ideen- und Parteigeschichte um so höher zu sein.

Tatsächlich hat die Arbeit in bezug auf den Politiker und »Staats«mann Schumacher eine gewisse Erklärungskraft. Das gilt etwa von der Ausgangsdefinition des »Staatsgedankens«: »Es ist praktisch der Gedanke, daß der Staat sozialen Zwecken dienstbar gemacht werden könne, und theoretisch, daß nur der Staat zu den letzten Zielen hinzuführen imstande ist. Der Kampf für das erstere ist der Kampf um die politische Macht, der mit jedem Erfolg den Nutznießer der Macht an sein Instrument kettet, der Kampf um das zweite hat zu seinem Erfolge die notwendige Voraussetzung einer wahrhaften Staatsgesinnung, die Bereitschaft, Opfer zu bringen für die Existenz des Staates« (S. 24). Vergleichsweise gering ist dagegen für den heutigen Leser die originale wissenschaftliche Bedeutung dessen, was Schumacher im einzelnen zur Entwicklung des Staatsdenkens von den sozialistischen Klassikern bis zur Parteiprogrammatik in der Weimarer Republik ausführt. Mittlerweile haben sich besonders im Studium der Theorie-Praxis-Geschichte vor 1914 die Quellengrundlagen, Perspektiven und Begriffsinstrumentarien so erweitert, daß Schumachers Schilderung und Kommentierung der innerparteilichen Richtungskämpfe, seine Bemerkungen zur Diskussion um Revolution, Freiheit, Gesellschaft, Klassenkämpfe, Verstaatlichung und Organisation für die gegenwärtige Forschung kaum noch ergiebig sind. Die Konklusion ist heute gleichfalls weniger für die wissenschaftliche Arbeit am historischen Thema als für die Einschätzung des Politikers Schumacher von Interesse, daß es nämlich die »universalistische« Geistesrichtung im Sozialismus »bedeutend schwerer« habe als die »individualistische«: »ihre Voraussetzung ist nicht, den Bestrebungen des primitiven Menschen zu huldigen, sondern *Erkenntnis der möglichen Gestaltung der Dinge*. Von dem Kräfteverhältnis, zu dem beide Richtungen gelangen werden, hängt die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung und zum guten Teil die des deutschen Volkes ab. Unklar und schwer droht auch hier eine Zukunft, von der man nicht weiß, ob das *aufbauende organisatorische Prinzip* den Sieg über Menschen davontragen wird, deren überlieferte politische und kulturelle Bindung durch die Ereignisse in Scherben geschlagen ist.« (S. 136; Hervorhebung von mir; K. K.) Hier ist der Macht- und Organisationspolitiker der dem Ende des Zweiten Weltkrieges folgenden Aufbauära vorgezeichnet, der Mann, der rigoros zur Praxis drängte, zur Bewältigung politisch-sozialer Notwendigkeiten in einem starken, handlungsfähigen Zentralstaat.

Kurt Klotzbach